

mittendrin

Ausgabe 11 / 2015 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Endlich tun, was längst hätte getan werden müssen

Bisher galt der Flughafen BER als bundesweites Symbol für das politische Versagen des Berliner Senats. In diesem Sommer ist mit den menschenunwürdigen Zuständen, unter denen Geflüchtete vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, kurz LaGeSo, auf ihre Registrierung warten mussten, ein weiteres hinzugekommen.

Wer wie Sozialsenator Czaja und der Senat behauptet, die Situation sei unvorhersehbar gewesen, vergisst, dass das LaGeSo bereits im Frühjahr wegen Überlastung mehrere Tage schließen musste und Menschen im wahrsten Sinne des Wortes im Regen stehen ließ. Zuvor hatte DIE LINKE im Abgeordnetenhaus seit mindestens zwei Jahren darauf gedrungen, dass Berlin die Kapazitäten zur Aufnahme geflüchteter Menschen umgehend aufstocken müsse.

Doch außer der hektischen und ohne Beteiligung der Menschen vor Ort getroffenen Entscheidung, ein halbes Dutzend Containerdörfer einzurichten, geschah nichts. Mittlerweile ein typisches Reaktionsmuster des Senats: Ob wirksame Maßnahmen gegen steigende Mieten, ob bei der Einstellung von Personal im Öffentlichen Dienst oder bei der Sanierung von Schulen, Brücken und Schwimmbädern – immer hinkt der Senat der Realität hinterher. Um dann, wenn die Probleme unübersehbar groß geworden sind, mit viel Brimborium Entscheidungen anzukündigen, deren Umsetzung dann wieder auf sich warten lässt.

So kann, so darf es nicht bleiben. Was die Berlinerinnen und Berliner erwarten ist,



Solidarisch mit den Flüchtlingen vor Krieg und Terror

dass eine Landesregierung die Veränderungen in unsere Stadt, die viele besorgt und hoffnungsvoll zugleich in die Zukunft blicken lässt, beherzt und vorausschauend gestaltet – gemeinsam mit ihnen.

Die Reaktion der großen Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner auf die Ankunft der Geflüchteten zeigt, wie groß die Bereitschaft zu einem solidarischen Miteinander ist. Die Politik muss aber die Bedingungen dafür schaffen, indem sie endlich die ohnehin dringend notwendigen Investitionen für Schulen und Kitas, bezahlbaren Wohnraum, für den Ausbau

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Mitte ist doch schon lange sperrangelweit geöffnet!

Das jedenfalls erlebt Irene Runge auf Schritt und Tritt. Allein das Sprachengewirr auf Straßen, in Cafés und Restaurants ist lebendiger Beweis für unsere weltoffene und gastfreundliche Stadt. Deshalb wohl fallen uns die „Neuen“ im Alltag kaum auf.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Ich wollte lieber was für die einfachen Menschen tun

Also quittierte der 43-jährige Steve Rauh den Managerjob bei der Lufthansa, kam nach Berlin und fand seine Aufgabe: einen Begegnungsort schaffen für Berliner aller Religionen, Ethnien, Nationen und Weltanschauungen. Matthias Herold sprach mit ihm.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

Berlin auf dem Spitzenplatz unter den Bundesländern

... weil jeder Sechste, der hier lebt, soziale Hilfe braucht, so genannte „Transferleistungen“ wie Hartz IV. Carola Blum, MdA, nennt Ursachen dafür. Aber es gibt handfeste praktische Ergebnisse, die von der LINKEN erfolgreich durchgesetzt wurden.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Basistreffen in Mitte

„Der Zuzug von Geflüchteten – Auswirkungen auf die EU und ihre Mitgliedsstaaten“

mit Martina Michels, Mitglied des Europäischen Parlaments

Donnerstag, 26. November, 19 Uhr, im Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses
(Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz)

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Flüchtlinge willkommen?

Eigentlich sah die Tagesordnung recht übersichtlich aus. Viele Anträge aus der September-Sitzung, die durch die Debatte zum Bezirkshaushalt nicht mehr behandelt werden konnten, wurden ohne Diskussion im Konsens abgestimmt oder in die dafür zuständigen Fachausschüsse überwiesen. Das Thema Flüchtlinge zog sich mit unterschiedlichen Drucksachen wie ein roter Faden durch diese Beratung. In einer gemeinsamen Erklärung bedankten sich alle Fraktionen bei



Beschämende Bedingungen im LaGeSo

den Hunderten ehrenamtlichen Helfern, die sich in den vergangenen Monaten in unserem Bezirk um geflüchtete Menschen gekümmert haben. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) in der Turmstraße wäre zum Beispiel ohne diese Hilfe für die Ankommenen, darunter diese viele Familien mit Kleinkindern, nicht in der Lage gewesen, seine Aufgaben wie die Registrierung, Erstversorgung und Unterbringung zu erfüllen. Die Bilder der katastrophalen Zustände gingen durch das Land und um die Welt. Die Hauptstadt eines der reichsten Länder der Erde ist über Monate hinweg nicht in der Lage, diesen Prozess zu organisieren. Bei kulturellen und sportlichen Großveranstaltungen wie dem Marathonlauf läuft die Organisation in Berlin ohne Probleme. Zu schnellen und pragmatischen Lösungen ist die Berliner Verwaltung in Anbetracht der beachtlichen neuen Aufgaben offensichtlich nur bedingt fähig. So mussten zum Beispiel Hunderte Menschen tagelang vor dem LaGeSo bei Kälte und im Regen frierend warten. Die mit Heizungen versehenen zwei Großzelte auf dem Gelände konnten über einen Monat lang nicht genutzt werden. Die Brandschutzabnahme war nicht geklärt. Wollen wir uns einmal vorstellen, dass die Verantwortlichen, inklusive des Senates, auch nur 24 Stunden bei diesen Wetterbedingungen im Freien, mit zweifelsohne angemessener Garderobe, ausharren müss-

ten? Ich vermute, 80 Prozent von ihnen wären anschließend für eine Woche krankgeschrieben. Dass der Senator Czaja (CDU) überfordert ist, müssen die Betroffenen täglich spüren. Doch der Regierende Bürgermeister Müller (SPD) hat Richtlinienkompetenz. Er kann, wenn er möchte, solche Themen zur Chefsache erklären und an sich ziehen.

An unserem Antrag „Leerstehenden Wohnraum für Flüchtlinge nutzen“ entzündete sich dann eine recht emotionale Debatte. Das Bezirksamt sollte prüfen, ob und wo leerstehender Wohnraum vorübergehend für die Unterbringung Geflüchteter beschlagnahmt werden kann. Speziell sollten die Häuser in der Wilhelmstraße 56 – 59 dafür geprüft werden. Hier befinden sich über 100 Wohnungen, die um das Jahr 1990 gebaut wurden. Der Investor „überzeugt“ zur Zeit die verbliebenen Mieter mit sehr hohen Abfindungen vom Auszug. Sein Ziel ist es, die Wohnungen schnellstmöglich abzureißen und durch eine edle, hochpreisige Wohnbebauung zu ersetzen. Und dies kann nicht um einige Monate verschoben werden, damit geflüchtete Familien wenigstens mit einem Dach über dem Kopf durch den Winter kommen? Für die CDU ist ein solcher Angriff auf Privateigentum eine Provokation. Für SPD und Grüne war unser Vorschlag dann doch etwas zu konkret. Sie beschlossen unseren Prüfauftrag ohne auf konkrete Objekte hinzuweisen. Über die Geschwindigkeit der Berliner Verwaltung beim Suchen und Umsetzen von pragmatischen Lösungen in dieser für alle neuen und komplizierten Situation wurde schon eingegangen.

Thilo Urchs

Ergebnisse der BVV

► Anträge:

Integration von geflüchteten und asylsuchenden Menschen – Gesamtaufgabe des Bezirkes (Drs. 2285/IV, DIE LINKE) beschlossen

Vermeidung von Obdachlosigkeit neu ankommender geflüchteter Menschen (Drs. 2288/IV, Integrationsausschuss) überwiesen in den Hauptausschuss

Leerstehenden Wohnraum für Flüchtlinge nutzen (Drs. 2296/IV, DIE LINKE) beschlossen mit Änderung

Neugestaltung Waldstraße (Drs. 2301/IV, DIE LINKE) überwiesen in den Ausschuss für Soziale Stadt, QM, Verkehr und Grünflächen

► Entschließungen:

Kindeswohlgefährdende Wartesituation für Flüchtlingskinder sofort beenden! (Drs. 2335/IV, alle Fraktionen) beschlossen

Dank für ehrenamtliche Nothilfe in Mitte (Drs. 2289/IV, alle Fraktionen) beschlossen

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Wie soll deine Mitte in 2016 aussehen?

Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern von Mitte die Möglichkeit geben, unsere Ideen für unser Kommunalwahlprogramm 2016 zu bewerten, zu kommentieren und vor allem auch eigene Ideen einzubringen. Es konzentriert sich auf Themenbereiche, die man tatsächlich auf kommunaler Ebene ändern kann.

Die drei Schwerpunkte sind:

- Lebenslanges Lernen (Bereiche Kita/Jugend, Bildung & Kultur, Schule, Sport)
- Lebenswerter Bezirk (Bereiche Wirtschaft & Arbeit, Soziales & Bürgerdienste/Jobcenter, Wohnen/Umwelt/Verkehr)
- Gemeinsam in Mitte (Transparenz & Bürgerdienste, Integration)

Mach mit!

Auf <http://mitte2016.de> kannst du unser Programm lesen, kommentieren und eigene Ideen einbringen!

„Flüchtlingskrise“ ist eine humanitäre Katastrophe

Seit Monaten schon ist bei Staats- und Regierungschefs und -chefinnen in der EU immer wieder die Rede von der sogenannten Flüchtlingskrise oder Asylkrise. Kommission und Regierungen versuchten in der Zwischenzeit, sich mit Vorhersagen darüber

von Geflüchteten, und zwar in ganz Europa. In manchen Ländern wie in Deutschland sind die Strukturen unzureichend, es fehlen Gebäude, Personal und natürlich Geld, letzteres allerdings vor allem in den Kommunen, nicht so sehr beim Bund. Andere Länder haben keinerlei



Opfer der verfehlten EU-Flüchtlingspolitik

zu überbieten, wie viele Menschen noch auf der Flucht nach Europa an unseren Grenzen ankommen würden. Auch wenn es sich, keine Frage, um eine relativ hohe Zahl an Menschen handelt, die in diesem Jahr aus Syrien, Irak, Afghanistan und Eritrea in die EU gekommen sind, die vorhergesagten Zahlen haben sich bisher als Illusion erwiesen. Ebenso eine Illusion ist es zu glauben, dass die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen oder der Einsatz von Stacheldraht und Militär an den Außengrenzen auf die Zahlen einen nennenswerten Einfluss hätten. Alleine die Tatsache, dass die Menschen, die dieser Tage irgendwo die serbisch-kroatische Grenze überqueren, doppelt gezählt werden, weil sie zuerst die EU-Außengrenzen in Griechenland überquert haben und dann noch einmal in Kroatien, disqualifiziert die Zahlen von FRONTEX völlig.

Auch wenn wir es ganz sicher mit einer Krise zu tun haben, kann man das wohl kaum eine Flüchtlingskrise nennen. Eindeutig haben wir es mit einer humanitären Katastrophe zu tun auf den griechischen Inseln, in Serbien, im Sommer in Ungarn und so weiter. Ebenso in der Krise sind die Strukturen zur Aufnahme

Aufnahmestrukturen vorgehalten und zum Teil, wie etwa die ungarische Regierung, selbst dann noch jegliche Hilfe verweigert, als schon Tausende Geflüchtete angekommen waren.

Die Aufnahmekrise ist eine hausgemachte. Seit mehr als zehn Jahren schon hat DIE LINKE immer wieder gefordert, mehr Geld auf europäischer, auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene in die Aufnahmestrukturen zu investieren und auch mehr Stellen im Bundesamt für Migration zu schaffen. Vor allem die EU-Staaten in Mittel- und Osteuropa hätte man zudem deutlicher verpflichten müssen, dieselben Strukturen aufzubauen. Dies alles wurde verpasst und heute lassen Juncker, Merkel, Orbán und Co. die Geflüchteten aus Syrien die Folgen spüren. Ad-hoc aus dem Boden gestampfte Aufnahmezentren in Deutschland sind natürlich auch teurer als ordentlich geplante Vorhaben. So zahlen wir alle drauf für eine Politik, die seit langer Zeit die Augen vor sehr offensichtlichen Problemen in direkter Nachbarschaft Europas verschlossen hat.

Gleichzeitig haben die Regierungen mit Grenzkontrollen innerhalb der EU reagiert. Damit ignorieren sie, dass das Dublin-System



Die Hauptleidtragenden sind die Kinder

gescheitert ist. Anstatt sich aber auf einem der vielen Gipfeltreffen auf ein vernünftiges Verteil-System zu einigen, erteilen sie mit den Grenzsicherungen jeglicher europäischer Lösung, die über Stacheldraht und Militär an den Außengrenzen hinausgeht, eine Absage.

Welche Folgen wird es also haben, wenn auch über den Winter weiterhin Menschen aus Syrien und Irak nach Europa fliehen? Die Rechnung für die alten Unterlassungen wird teuer und die Gräben zwischen den Mitgliedstaaten vergrößern sich. Mindestens.

Lorenz Kramer, BO Brüssel

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.
mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr
kostenlose Mieterberatung im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Fortsetzung von Seite 1: **Mit einer starken Linken für ein soziales Berlin**



des öffentlichen Nahverkehrs und des öffentlichen Dienstes vornimmt. Und zwar für alle, die hier Lebenden wie die neu Hinzukommenden. Denn all das hätte auch ohne die Ankunft der Geflüchteten geschehen müssen, jetzt ist es umso notwendiger.

Die Zeit für die Simulation von Handlungsfähigkeit ist vorbei. DIE LINKE wird Druck machen, dass endlich wirklich gehandelt wird. Sowohl vor als auch nach der Wahl.

Klaus Lederer
Landesvorsitzender DIE LINKE.
Berlin

ATZE erneut vor dem Aus?

Die zwei Seelen in der Brust des Staatssekretärs Renner *

Interview mit Theaterleiter Thomas Sutter

Wie stellt sich die gegenwärtige Situation für das ATZE Musiktheater dar?

Th. S.: Nach Bekanntwerden des Kulturetat-Entwurfs für den Doppelhaushalt 2016/17 waren die Berliner Kinder- und Jugendtheater entsetzt und reagierten mit einem Offenen Brief. Wir wollten deutlich machen, dass die vorgesehene Förderung die finanziellen Voraussetzungen für einen Theaterbetrieb bei ATZE nicht erfüllt.

Kinder- und Jugendtheater zwar angehalten, was so viel bedeutet wie „über das Thema Kinder- und Jugendtheater muss nochmals beraten werden“, aber von Koalitionsmitgliedern war schon zu hören, dass mit einer verbesserten Förderung für ATZE nicht zu rechnen sei.

Was würde das für die Schauspieler, die Musiker, die Techniker und alle Dienstleistenden bedeuten?



Szene im Musiktheater ATZE in der Luxemburger Straße

Und wie hat der Berliner SPD/CDU-Senat reagiert?

Th. S.: Die Reaktion war geradezu eine Ohrfeige statt einer Anerkennung unserer bisherigen allseits anerkannten theaterpädagogischen Arbeit. Unsere strukturelle Unterfinanzierung wurde einfach ignoriert.

Angesichts der Erfolge gerade des ATZE Musiktheaters kaum glaublich. Schließlich ist das Theater doch über Berlin hinaus bekannt - zum Beispiel für die theaterpädagogischen Projekte, für die interessanten neuen Theaterstücke und auch für die umfangreichen Begleitmaterialien bei den einzelnen Inszenierungen.

Welche Förderung wurde denn nun konkret in Aussicht gestellt?

Th. S.: Wir bekommen 0,0 % mehr. Bei der Lesung im Hauptausschuss wurde die Position

Th. S.: Das hieße, dass der ganzjährige Spielbetrieb eingestellt werden müsste und Aufführungen nur noch sporadisch stattfinden könnten. Alle Mitarbeiter des Theaters sind extrem verunsichert. Die mangelnde Förderung steht im Widerspruch zu den enormen Erfolgen des ATZE-Theaters über die ganzen Jahre hinweg.

Erst im letzten Jahr hat das ATZE-Theater für das Stück „Spaghettihochzeit“ wieder den Berliner Kinder- und Jugendpreis „Ikarus“ verliehen bekommen. Überreicht von dem für Kultur zuständigen Staatssekretär Renner. Über unsere Unterfinanzierung sieht er aber hinweg. Er behauptet sogar, davon noch nie gehört zu haben.

*Johann Wolfgang Goethe, Faust I:
„Zwei Seelen wohnen - ach! - in meiner Brust,
die eine will sich von der andern trennen...“

Interview: Rainer Scholz

Bei anderen gelesen

Die Wurzeln des heutigen Flüchtlingselends

Das Flüchtlingsproblem ist von Menschen gemacht. Jahrhunderte hindurch wurden Afrika, Amerika, Australien und Asien – zumindest teilweise – von Europäern entdeckt, beherrscht und ausgebeutet. Die Bodenschätze wurden geraubt, die Menschen versklavt und als billigste Arbeitskräfte missbraucht. Das ist das Erbe, das die herrschenden Kreise Europas dort hinterlassen haben. Im Kolonialismus und in den Kriegen des Imperialismus liegen die Wurzeln des heutigen Flüchtlingselends.

Gerda Huberty in „RotFuchs“, Oktober 2015

Vorsicht gegen die Dummen

Gegen die Dummheit verfangen alle Gründe – daher ist gegen die Dummen mehr Vorsicht geboten als gegen das Böse: Nichts von dem, was wir von Anderen verachten, ist uns selber ganz fremd, und von einem Anderen sollten wir nie mehr erwarten, gar fordern, als wir selber leisten wollen oder können. Geschichte läuft ja so, dass einige Wenige anständig bleiben – und auf die beruft sich später der große Rest.

Gedanken von Dietrich Bonhoeffer in „Neues Deutschland“ 21.10.2015

Schwerter zu Fabrikrohren

Rüstung-Zivilklauseln gibt es nicht nur in der Forschung. Auch einige Unternehmen lehnen militärische Aufträge ab. Im Waffengeschäft hängt viel von der politischen Großwetterlage ab. Eigentlich hätte das italienische Unternehmen Morellato Termotecnica den Auftrag dringend gebraucht. Der Hersteller von Kühlsystemen und Solaranlagen steckte 2012 in der Krise und musste Mitarbeiter in Kurzarbeit versetzen. Den Auftrag des Rüstungsherstellers WAAS lehnte die Firma trotzdem ab. In einer Urabstimmung sprachen sich die Mitarbeiter dagegen aus. „Wir können unsere Fähigkeiten nicht in den Dienst einer Sache stellen, mit der man Kriegstechnologie entwickelt“ hieß es im Ablehnungsschreiben an WAAS. Für ihre Überzeugung nahmen die Mitarbeiter des Kühlsystemherstellers finanzielle Einbußen in Kauf. Auch in Deutschland gibt es Selbstverpflichtungen von Unternehmen und Verbänden. An vielen Hochschulen wird über sogenannte Zivilklauseln diskutiert.

„Der Freitag“, 21.10.2015

Großmögliche Provokation

Die rechtsaffinen und zum Teil offen reaktionären bürgerlichen Protestbewegungen unserer Tage sind keine spontanen Ausdrücke des Volkszornes, sondern befinden sich in einem Verhältnis gegenseitigen Nutzens mit gemeinhin dem Rechtspopulismus zugeordneten parteiförmigen Formationen. Damit meinen sie die AfD, die sie als Katalysator eines Teils der Leistungsträger in Symbiose mit den bürgerlichen Protesten sehen.

Guido Speckmann in „Neues Deutschland“, 19.10.2015

Matinee Gregor Gysi und Martin Buchholz

Termin: 15.11.2015 | 14:00 Uhr

Kabarett – Theater Distel | Friedrichstraße 101 | 10117 Berlin

»Missverstehen Sie mich richtig!«

Ticketline 030 204 47 04

www.berlin-distel.de • www.martin-buchholz.de • www.traenenpalast.de

Kurznachrichten

► **Wo gibt es die besten Aussichten für die Zukunft?**

Das hat eine gemeinsame Studie des Hamburger WeltWirtschaftsinstituts und der Privatbank Berenberg ermitteln wollen. Sie nahm die 30 größten deutschen Städte unter die Lupe. Und das Ergebnis? Auf den ersten Platz kam München, auf den Plätzen zwei und drei folgten Berlin und Leipzig. Bewertet wurden Produktivitätsentwicklung und Vorteile des Standorts. Weitere Faktoren waren Bildung, Innovationsfähigkeit, Internationalität und demografische Entwicklung.

► **Verpackungsmüll in der BRD**

Wir „produzierten“ 2013 insgesamt über 17 Millionen Tonnen Verpackungsmüll. Jeder von uns 213 kg. Das war ein Plus von 6 kg gegenüber 2012. Damit bestreiten wir auch pro Kopf das höchste Aufkommen in der EU. Ursache für das Wachstum ist u.a. die zunehmende Verwendung der „to go“-Behälter für Speisen und Getränke. Auch der gestiegene Internet-Versand brachte mehr Kartons und Plastik in die Tonnen, urteilt das Bundesumweltministerium.

► **Schießfreudige USA-Polizei**

In diesem Jahr wurden in den USA bislang 861 Menschen von Polizeibeamten getötet. Soviele zivile Todesopfer gab es in keinem der zehn zurückliegenden Jahre. 2015 wurden zwölf Polizisten wegen Mordes oder Totschlags strafrechtlich verfolgt. Vorher lag der Durchschnitt bei fünf angeklagten Polizisten. 2015 wurden noch keine Verurteilungen ausgesprochen, so das „Wall Street Journal“.

► **Europa säuft und qualmt mehr als alle anderen**

Das ergab eine Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation WHO. 60 Prozent der Europäer sind übergewichtig oder fettleibig, 30 Prozent rauchen. Der Verbrauch von reinem Alkohol liegt bei rund 11 Litern reinem Alkohol pro Kopf und Jahr. Das entspricht etwa 430 Flaschen Bier á 0,5 Liter pro Kehle. Oder 120 Flaschen Wein á 0,7 Liter.

► **35,4 Milliarden Euro für Pillen und Salben 2014**

Das sind 3,5 Mrd. Euro mehr als 2013, was einer Erhöhung von 10,3 Prozent entspricht. Den Anstieg haben vor allem „neue patentgeschützte Arzneimittel“ verschuldet. Für die noch keine preisgünstigen Nachahmermedikamente, sogenannte Generika, erlaubt sind. Das beschert den Pharmakonzernen satte Zusatzprofite, oftmals ehe effektiver Nutzen für den Patienten überhaupt nachgewiesen worden ist.

Menschen in Mitte

Steve Rauhuts Traum geht in Erfüllung:

Kirchengelände wird Begegnungsort

„Das Wunder von Moabit“ wird es jetzt schon genannt: das bunte und fröhliche Miteinander vieler unterschiedlicher Menschen auf dem REFormationskirchen-Campus in der der Beussel-/Ecke Wiciefstraße. Steve Rauhut will dort zusammen mit zahlreichen Verbündeten die 1907 erbaute neogotische Backsteinkirche und die umliegenden Gebäude nach jahrelangem Ringen in einen Begegnungsort für Christen und Nichtchristen, für Berliner aller Religionen, Rassen, Nationen und Weltanschauungen „verwandeln“.

„Als ich 2009 nach Berlin kam, hörte ich von den leerstehenden Bauwerken und in mir erwachte der schon lange gehegte Traum von einer völlig neuartigen Gemeinde“, sagt der 43-jährige gebürtige Hamburger. Zuvor hatte er in Hessen und in England Theologie studiert, was er mit dem weiterführenden Studiengang Gesellschaftstransformation – eine Verbindung von Soziologie und Theologie – im Fernstudium profilierte.

Erst einmal aber war Steve – eines von sieben Kindern einer christlichen Arbeiterfamilie – Diplom-Ingenieur für Flugzeugbau geworden. Schnell stieg er bei der Lufthansa in die Leitungsebene auf. „Ein lukrativer, feiner Beruf, aber ich fühlte mich in den Managerkreisen nicht wohl, ich wollte viel lieber etwas für die einfachen Menschen tun“, erklärt er. „Schon seit frühester Jugend zog mich Dietrich Bonhoeffer in seinen Bann, seine Position von der Übereinstimmung von Glauben und Handeln, von der Ausrichtung der Kirche nach außen in Solidarität mit den Bedürftigen.“

Predigten und viel Kunst und Kultur

Gemeinsam mit seinen Freunden vom REFO-Campus Verein hat Steve Rauhut Mitte dieses Jahres nun einen Null-Euro-99-Jahre-Erbbaurechtsvertrag verhandeln können und die 4 400 Quadratmeter große Fläche übertragen bekommen. Schon lädt die schöne alte Kirche jeden Freitag zur Prime Time 20.15 Uhr zu Gottesdiensten ein. Predigtthemen sind ganz aktuelle Ereignisse, so sprach Steve Rauhut über die Flüchtlinge in Berlin: „Teilen macht glücklich.“ Aber auch „Kino unter Kuppeln“ findet

statt, an der Anlage hat der Technik-Freak selbst mitgebaut. Das Theater der Initiative „Grenzen-los“ mit vor allem muslimischen



Neue Ideen für alte Gemäuer: Steve Rauhut
(Foto: M. Herold)

Jugendlichen hat endlich einen eigenen Saal. Die Cantorei – ein Kirchenchor auch mit weltlichen Liedern – zog ein. Kreativräume und sogar der Kirchturm sind geöffnet zum Kommen und Mitmachen bei vielfältigen kulturellen und künstlerischen Aktivitäten.

„Und bis Ende 2016 wird die REFO-Kita für 120 Kinder mit und ohne Flüchtlingsgeschichte ihre Türen öffnen – ein Gemeinschaftshaus mit dem Christburg-Campus“, freut sich schon der nun frischgebackene Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzende des bisher einmaligen Unternehmens in Berlin. Die Mühen haben sich gelohnt. Mit der Landeskirche, dem Kirchenkreis Mitte, aber auch mit dem Quartiersmanagement, Bundestagsabgeordneten und der Bezirksverordnetenversammlung an der Seite konnte Steve Rauhut seinen Traum gegen alle Widerstände verwirklichen. „Statt geplanter Nobelwohnungen haben nun die Menschen aus dem Kiez und ganz Berlin eine schöpferische Heimstatt gefunden.“ Glückwunsch!
Matthias Herold

Der Alltag geht weiter

Wir reden ständig und allgemein über Flüchtlinge, die auch Asylbewerber heißen. Für andere ist das die Krise.

Wir kennen niemanden persönlich. Sinnvoller wäre, sich auf die Neuberlinerinnen und Neuberliner als künftige Nachbarn, Freunde und Kollegen einzustellen.

Ich frage herum. Abgesehen von direkt Helfenden erfährt jeder wie ich alles nur aus zweiter Hand. Medien berichten über Hilfe, Chaos, Kälte, Kulturbrüche, Erfahrungsdifferenzen, Sprachenmangel. Konflikte sind absehbar, Fernsehbilder vernetzen sich mit eigenen Erlebnissen, Fantasien, Ängsten und Stereotypen. Aus dem Ausland werde ich gefragt, ob Flüchtlinge das Straßenbild in meiner Umgebung prägen. Keineswegs, sage ich. Aber in der Turmstraße ist es so. Dann sehe ich abends am Rosenthaler Platz andere junge Männer als sonst. Plötzlich stellt sich mir die Frage, ob Studenten, Touristen, aufstrebende Kreative oder gar syrische Flüchtlinge hier aufeinander warten. Ohne Medien würde ich das nicht denken, auch nicht vermuten, dass in der U 8 mehr Schwarzafrikaner fahren als früher, als dieses Thema noch keins war und ich nicht ahnte, auf wie viel irrwitzigsten Umwegen man bis nach Berlin-Mitte kommen kann.

Die Mitte der Stadt ist schon lange sperrangelweit geöffnet. Eher Regel denn Ausnahme ist das Sprachengewirr in Cafés und Restaurants: Englisch, Türkisch, Arabisch, Französisch, Spanisch, Vietnamesisch, Griechisch, Polnisch, Russisch und Hebräisch ... In der Ackerhalle (Neubewohner sagen dazu REWE-Markt) wurde unlängst das Einräumen der Regale lachend auf Englisch verhandelt. Studenten? Künstler? Flüchtlinge?

Doch in meinem realen Alltag nehme ich von diesen Zehntausenden, die hier angekommen sind, noch kaum etwas wahr. Das Spendengeld war schnell zu überweisen, aber warme Kleidung wird offenbar nicht mehr gebraucht. Dank seiner vielen Bevölkerungen hat das Volk von Berlin auch in Mitte, Wedding, Tiergarten zuverlässig agiert. Auch jene Politiker, die zu lange zu borniert waren, um sich einen Alltag mit neuen Immigrationen und Emigranten vorzustellen, beweisen jetzt Realitätssinn, und in



Berliner Straßen voller Überraschungen

Verwaltungen wird langsam umgedacht. Das neue Berlin bricht sich Bahn. Doch nicht nur rechts und links von der Tor-, Ecke Acker- und in der Friedrichstraße stehen Gebäude leer. Für frierende Wohnungslose allemal besser als Parks, Turnhallen, Zelte oder das Warten auf den nächsten Sommer. So gesehen gibt es auch in der Mitte noch Platz für die anstehende Zukunft.

Irene Runge

Transformation als Weg aus der Krise

Zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter helfen täglich auf dem LaGeSo-Gelände in Moabit.

Bemerkenswert ist an der Situation folgendes: Prinzipiell mangelt es nicht an Spenden, Nahrungsmitteln oder ehrenamtlichen Helfern; vielmehr fehlen durch die schwerfällige Mentalität verantwortlicher Politiker richtungswisende Strukturen. Die Flucht zahlloser Menschen nach Mitteleuropa stellt eine Konstellation dar, die über Jahrzehnte hinweg maßgeblich durch die westliche Staatengemeinschaft geprägt wur-

de. Es geht nicht um erneute Schuldvorwürfe, doch ist eine Verantwortlichkeit nicht von der Hand zu weisen. Insbesondere im Hinblick auf die nach wie vor florierende Waffenindustrie westlicher Staaten. Deutschland ist übrigens der größte europäische Waffenexporteur und steht weltweit an dritter Stelle. Zweifellos ist die Flüchtlingskrise ein komplexes Thema, doch Komplexität wird zu oft als Ausrede benutzt, um notwendigen Reformen aus dem Weg zu gehen. Denn genau darum geht es: Veränderungen. Das „Mikrosystem LaGeSo“ kann – sowohl

für Helfer als auch für Flüchtlinge – langfristig nicht funktionieren, wenn das „Makrosystem deutsche Regierung“ keine elementare Transformation durchläuft. Zwei Punkte sollen daher festgehalten werden: Erstens hängen Verhältnisse in Berliner Flüchtlingsunterkünften und Erstaufnahmelagern direkt mit übergeordneten politischen Vorgängen Deutschlands zusammen; zweitens sind kurzfristige Maßnahmen zur Erleichterung der Situation in Mikrosystemen grundsätzlich nicht falsch, aber unzureichend, wenn das „Makrosystem deutsche Regierung“ nicht gleichzeitig wesentliche Veränderungen in puncto Außen- und Innenpolitik sowie Wirtschaftspolitik vornimmt.

Anstatt sich selbst zu loben und das Volk mit Slogans abzufertigen, sollten die Regierenden eine nachhaltige Transformation anstreben und anerkennen, dass Außen- und Wirtschaftspolitik Teil dieser Veränderung sind. Mit den Worten G.C. Lichtenbergs: „Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber so viel kann ich sagen: es muss anders werden, wenn es gut werden soll.“

Klaus Behnam Shad

Einladung

Der **Ernst-Busch-Chor Berlin** lädt zu seinen **Weihnachtlichen Konzerten** ein.

Am Sonnabend 05.12.2015 um 15.00 Uhr

Ort: Münzenbergsaal im Bürogebäude • Franz-Mehring Platz 1

Eintrittspreis: 5 Euro | Kartenverkauf nur am Veranstaltungstag

Am Sonntag 06.12.2015 um 17.00 Uhr

Ort: Evangelische Paul Gerhardt Kirchengemeinde am Tierpark 28

Eintrittspreis: 10 Euro ermäßig 8 Euro | Kartenvorverkauf: jeden Mittwoch ab 12.30 Uhr
Franz-Mehring-Platz 1 oder telefonisch: 9 71 23 17

Armut ist kein Schicksal, sondern Folge verfehlter Politik

Nimmt man den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Hartz-IV, so belegt Berlin einen einsamen Spitzenplatz unter den Bundesländern. 16,5 Prozent der hier lebenden Menschen sind auf Transferleistungen angewiesen. Und auch wenn sich sonst jeder Vergleich mit Bayern verbietet: Dort sind es gerade mal 3,5 Prozent. Dafür stöhnt man in Bayern besonders laut, vor allem, wenn es um Flüchtlinge geht.

Armut hat viele Gesichter und viele Ursachen. Die meisten davon haben etwas mit Politik zu tun. Mit der Bundespolitik, wenn es um die gesetzliche Begünstigung von Reichtum und die verordneten Benachteiligungen für mittlere und untere Einkommen geht, um das Knausern in den Bereichen Bildung und Zugang zu Bildung, immer noch um Unvereinbarkeit von Familie und Beruf und mangelnde Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Gern werden zur Erklärung der sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten die einen Armen gegen die anderen Mittellosen und Hilfebedürftigen ausgespielt.

Die Flüchtlinge gegen die Obdachlosen, die Minijobber und ZeitarbeiterInnen gegen die Arbeitsuchenden, die Alleinerziehenden gegen MigrantInnen. Werden die Etats für die einen aufgestockt, heißt es, man müsse dann aber bei den anderen sparen. Es heißt nie: Wir müssen umdenken und ganz und gar neu verteilen. Wobei neu relativ ist. Die Idee von der Umverteilung von oben nach unten ist alt. Sie ist links, aber nicht utopisch.

Seit 2008 steigen in Berlin die Mieten, das Wohnungsproblem betrifft inzwischen auch viele Menschen mit mittleren Einkommen. Wir entwickeln eine Strategie Soziales Wohnen für die Stadt, die über das Jahr 2016 hinausreicht und eine nachhaltig soziale Wohnungspolitik beschreibt. Wir diskutieren über die Idee des „Berlincickets“, finanziert durch einen Beitrag jeder Einwohnerin und jedes Einwohners unserer Stadt, das den fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehr ermöglichen würde.

Wir sehen mit Freude die Nachhaltigkeit jener Maßnahmen, die auf unsere Initiative hin



in Zeiten des rot-roten Senats durchgesetzt worden sind. Dazu gehört zum Beispiel der Berlin-Pass, der Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht. Der Pass bündelte bereits vorhandene Vergünstigungen und Ermäßigungen für Freizeit- und Kulturangebote und im öffentlichen Personennahverkehr und baute diese Angebote schrittweise aus.

Wir werden uns weiterhin starkmachen gegen alle Versuche, Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen arm sind, gegeneinander auszuspielen. Sozial schwach sind aus meiner Sicht nur jene, die solche Versuche unternehmen.

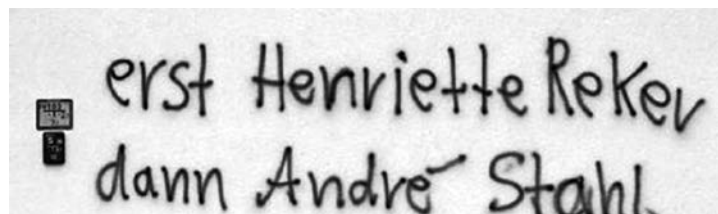
Carola Bluhm

Wehret den Anfängen!

„Erst Henriette Reker, dann André Stahl“. Diese Drohung an einer Lagerhalle im brandenburgischen Bernau bei Berlin sorgte für ein bundesweites Medienecho. Doch gezündelt wurde schon zuvor.

Ich arbeite in Bernau. Dort bewegt die Leute etwa das Jubiläum der Feuerwehr, die Kaninchenschau oder die Einweihung der xy-Sporthalle. So weit, so nett. Für etwas Bewegung sorgte vor gut zwei Jahren das komplizierte Thema „Altanschießerbeiträge“ und die Frage, ob und wie der zuständige Wasserzweckverband seine Einnahmen generiert. Plötzlich standen hunderte Bürger auf dem Marktplatz vor dem Rathaus und protestierten. Bis auf wenige Male schafften es die Organisatoren immer, jeden Dienstag ihre Anhänger zu mobilisieren und „für eine gerechte Wasserpolitik“ zu demonstrieren – demnächst zum 100. Mal. Eine Bürgerinitiative (BI) wurde gegründet, führende Köpfe etablierten sich. Sie organisierte den Sturz des alten Bürgermeisters. Die Bernauer wählten einen neuen: André

Stahl (DIE LINKE). Bei der Kommunalwahl 2014 trat die BI erfolgreich an. Seitdem sitzen die fünf Freunde in der Stadtverordnetenversammlung – alle mit der gleichen Krawatte, dem gewissen Korpsgeist und einem ewig gleichen, beleidigt-aggressiven Tonfall. Gerne und oft setzen sie sich an die



Spitze öffentlicher Erregung, nun auch bei Themen wie Straßenausbau oder Windräder oder was sonst die bürgerliche Geldbörse bedroht, das deutsche Auge beleidigt. Echte Lösungen? Fehlanzeige! Krawall? Gerne! Bei der Landtagswahl 2014 holte die AfD knapp 10%. Auf den Demos wurde der Ton zuletzt aggressiver, die Argumente verworren. Hier ließ sich schon im Kleinen studieren, was in Dresden seit über einem Jahr abläuft

und eine Frage pochte immer lauter: Was, wenn hier das Thema Flüchtlinge virulent wird? Das wird es nun und die örtliche NPD holte sogleich los. Die BI beobachtete die neue Entwicklung, zögerte, doch einer holte mit und verknüpfte neulich die Themen „Wassergebühren“ und „Flüchtlinge“. Tenor:

Wir, die Zahlmeister! Der Flirt mit dem rechten Rand verding jedoch nicht, denn die Bernauer und die hiesigen Lokalmedien zeigten die rote Karte. Bürgermeister André Stahl bezog zudem glasklar Stellung gegen die NPD. Es folgte die Morddrohung gegen ihn. Doch viele Bernauer solidarisieren sich öffentlich mit Stahl – auch einzelne Akteure der BI. Sie hatten nun erkannt, was die Daueraggression anrichtet. Ein Etappensieg der Zivilgesellschaft – endlich!

Am Samstag, den 7. November wird die AfD am Roten Rathaus mit viel Anhang gegen alles demonstrieren, was die bürgerliche Geldbörse schmälert und das deutsche Auge beleidigt ...

au

Das ist das Letzte

Der Marathonlauf zur Wahl des Berliner Landesparlamentes 2016 geht in die letzte Runde. DIE LINKE will bei 15 % plus X ankommen. Aktuelle Umfragen melden bei den Jungwählern bis 23 %. Ältere Protokolle erinnern an die 11,7 % 2011. Dazwischen liegt nun die neue Zielmarke. Womit kann man bei den Berlinern ankommen? Der regierende Sozialdemokrat präsentiert sich als sachlicher Verwalter. Er ist keine „Vaterfigur“ und kein „Party-Löwe“. Das muss man in der quirligen, stöhnenden Hauptstadt auch nicht sein. Die Koalition mit der CDU bricht zwar moralisch einen Zacken aus seiner Krone, denn Rot-Rot-Grün wäre schicklicher und nützlicher für die Metropole. Aber daraus erwächst uns eine „Bringepflicht“. Wir haben etliche bewährte Kommunalpolitiker, die wissen, wo die Glocken hängen. Sie müssen öfter den Ton angeben!

Der Senat als Hausmeister der Bundesregierung wird natürlich traktiert vom Sparprogramm, vom Flüchtlingsstrom, von der Urbanisierung, von den innen- und außenpolitischen Koliken der verkorksten Regierungspolitik. Hinzu kommen die selbstgemachten Probleme der Großbaustellen: Schönefeld, Staatsoper, A 100, Kanzler-U-Bahn, Schloss, BND, Umzug der Regierungsreste ... Aber Herz und Schnauze der Berliner beginnt bei der Müllabfuhr, beim Nahverkehr, bei den Mietpreisen, den Parkplätzen, der Sauberkeit und Sicherheit in den Parks und Straßen und bei jenen Abgeordneten, die sich um spürbare Veränderungen kümmern. Ohne zufriedene Kieze wird Berlin keine zufriedene Stadt. Wenn DIE LINKE nicht im Alltag besteht, kann sie am Wahltag nicht glänzen. In einer Welt, wo der Eigennutz über dem Gemeinnutz steht, verlangt das, gegen den Wind zu rudern. Das fällt den Alten immer schwerer. Aber sie haben diese Stadt aus den Trümmern geholt, deren Mitte ihnen gerade „ent-wendet“ wird. Sie setzen sich an alle Tische, wo gestritten wird. Wer verschafft ihnen Gehör? **Arthur Paul**

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Redaktionsschluss: 27.10.2015

Ausgabetag für Nr. 12/2015 – 03.12.2015

Die TTIP Demonstration – ein voller Erfolg

Ein breites Bündnis – fast eine viertelMillion Menschen – hat in Berlin gegen TTIP, CETA, TISA und Co. demonstriert. Weit mehr als man ursprünglich schätzte. Vereint zeigten sich die Demonstranten in dem Massenprotest für mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Man sah nichts als Menschen zwischen Siegesallee und Brandenburger Tor. Darunter etliche Verbände, NGO's und andere Organisationen unterschiedlichster Strömungen aus ganz Deutschland, die für ihre jeweiligen Partikularinteressen vor dem Regierungsviertel demonstrierten. Denn unüberschaubar viele Bereiche des Lebens könnten einschneidend betroffen sein, wodurch demokratische Verhältnisse in Deutschland ausgehebelt würden. Dieser historische Protest ist gelebte Demokratie und stellt einen vollen Erfolg dar.

Klaus Behnam Shad



Die Auswirkungen von Folter und Kriegsgewalt sind weitreichend. Neben körperlichen Folgen treten bei den Überlebenden insbesondere auch psychische und psychosoziale Konsequenzen auf. Doch wie sehen die psychologischen Behandlungsmöglichkeiten von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten hier in Berlin aus und wie die medizinischen im Allgemeinen?

Veranstaltung mit Dr. Maria Böttche,

Leiterin der Forschungsabteilung im
Behandlungszentrum für Folteropfer
in der Turmstraße

16. November, 19 Uhr, ATZE Musiktheater

Basisorganisation „Peaceful Streetfighters“,
Die Linke Berlin-Mitte



Wir gratulieren im November zum Geburtstag!

- Zum 94. Hans Herzberg
- zum 92. Robert Ibe
- zum 90. Helmut Rädler
- zum 89. Harry Schaftschwerdt,
Günter Gumpel
- zum 88. Edith Mikut, Waltraud Starke
- zum 87. Rainer Kerndl, Jutta Nesler
- zum 86. Magdalena Hammerschmidt
Dina Lask, Rosemarie Walther
- zum 85. Heinz Fuhrmann,
- zum 83. Rudolf Müller
- zum 82. Hannelore Gürnth, Klaus Höpke
- zum 80. Rudolf Jürschik
- zum 75. Günter Nährig, Jörg Roesler